

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

Polen hat gewählt, die derzeitige PiS-Regierung wurde abgewählt und das Bündnis um Donald Tusk wird in der Lage sein, die künftige Regierung zu bilden zu können. Das ist ein starkes Signal für die Demokratie in Polen, die bilateralen Beziehungen zu Deutschland und die Rolle Polens in der Europäischen Union. Das Wahlergebnis zeigt auch: Populisten und Vereinfacher sind besiegbare.

Vor knapp drei Wochen hat die Hamas zahlreiche israelische Ortschaften angegriffen. Mehr als 1.000 israelische Kinder, Frauen und Männer wurden von den Terroristen getötet. Hunderte Menschen – darunter auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – wurden verschleppt und befinden sich in Geiselhaft. Wir sind zutiefst entsetzt über die grausamen Morde und stehen in voller Solidarität zu Israel, seinem Recht auf Selbstverteidigung um die Sicherheit seiner Bürger:innen wiederherzustellen. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson.

Mit Entsetzen sehen wir, dass die Kampfhandlungen weitergehen und viele Unschuldige leiden und sterben. Die Hamas hat bewusst die palästinensische Bevölkerung in Geiselhaft genommen. Viele müssen in den Süden des Gazastreifens fliehen. Allein die Hamas trägt dafür die Verantwortung. Mit den Angriffen hat die Terrororganisation der mühevollen Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten einen schweren Schlag versetzt und dadurch nicht zuletzt den Palästinenserinnen und Palästinensern geschadet.

Bundeskanzler Olaf Scholz ist nach Israel und Ägypten gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Er hat die ägyptische Regierung dazu aufgefordert, die Grenze zum Gazastreifen zu öffnen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Am Sonntag fand in Berlin eine große Solidaritäts-Kundgebung statt, mit der wir auch deutlich gemacht haben: Wir stehen fest an der Seite Israels und dulden keinen Antisemitismus. Jüdinnen und Juden müssen angstfrei bei uns leben können. Dafür müssen wir gemeinsam sorgen.

Unser Kanzler hat außerdem an unserer kommunalpolitischen Konferenz in Berlin teilgenommen, die unter dem Motto „An der Seite der Kommunen. Transformation als Gemeinschaftsaufgabe.“ stattfand. Pandemie, Krieg oder Inflation: Die Liste der kommunalen Aufgaben wächst. Wir verstehen uns als Anwalt der Kommunen und wir hatten einen gewinnbringenden Austausch darüber, wie Kommunen handlungsfähig bleiben und ihre Zukunftsfähigkeit sichern können.

Erfolgreiche Politik lebt vom Austausch. Dabei wollen wir den Dialog mit Interessenvertreterinnen und -vertretern so transparent wie möglich gestalten. Deshalb haben wir das geänderte Lobbygesetz beschlossen. Künftig müssen Interessenvertreterinnen und -vertreter angeben, auf welches Gesetzesvorhaben sie konkret Einfluss nehmen wollen. Um die Transparenz bei der Finanzierung zu stärken, müssen Hauptfinanzierungsquellen und Mitgliedsbeiträge offengelegt werden. Mit diesen Verschärfungen machen wir noch nachvollziehbarer, wie und wozu es Kontakt zwischen Abgeordneten, Bundesregierung und Lobbyverbänden gab.

Viel Spaß beim Lesen.

Euer Johannes



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Ukrainereise
- Seite 3** — Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion
 - Vorstellung Praktikantin Zoe
- Seite 4** — SPD Bezirksparteitag in Hameln
 - Unterschriftenübergabe für den Erhalt des Krankenhauses Holzminden
- Seite 5** — Gespräch mit Bjarne Rauls
 - Treffen mit dem Ministerpräsidenten der Republik Moldau
- Seite 6** — Veranstaltungseinladung:
 - „Europas neue Rolle in der Welt“
- Seite 7** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 8** — Besucher*innengruppen aus dem Weserbergland

Ihr findet mich auch bei:



EINBLICK IN DIE UKRAINE



In der ersten Oktoberwoche nahm ich an einer bewegenden Reise in die Ukraine teil. Gemeinsam mit meinen Bundestagskollegen, Susanne Mittag und Fabian Funke, hatten wir die Gelegenheit, das Land zu besuchen, das seit der groß angelegten russischen Invasion im Februar 2022 viele Herausforderungen bewältigt.

Unsere Reise begann mit einer Ankunft in Lwiw im Westen des Landes. Ein Höhepunkt war der Besuch im UNBROKEN - National Rehabilitation Center, wo wir über die Versorgung von Kriegsversehrten erfuhren. Die Mitarbeiter:innen von UNBROKEN zeigten uns, wie sie mit deutscher Unterstützung - sowohl finanziell als auch in Form von Schulungen - ein Zentrum für die körperliche und seelische Rekonvaleszenz von Kriegsverletzten aufbauen.

Weiter ging es nach Kyiv. Durch ausführliche Gespräche auf verschiedenen Ebenen - mit dem Büro des ukrainischen Präsidenten, dem Büro des Ministerpräsidenten, mit Mitgliedern des ukrainischen Parlaments - der Werchowyna Rada - über die Regierungs- und Parlamentsarbeit in Zeiten des Krieges, über die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit sowie Aussichten für die weitere Entwicklung an der

Front. Es war ein Vergnügen, sich wieder mit jungen Vertreter:innen der Sozialdemokratischen Plattform auszutauschen, die versuchen, die Gedanken und Ideen unserer politischen Familie in der Ukraine zu durchsetzen. Wir konnten inspirierende Gespräche auch im Energieministerium führen, wo man mit Angst auf den kommenden Winter blickt, aber auch im Ministerium für Wiederaufbau, wo man an einer besseren Nachkriegszukunft des Landes arbeitet. Es ist klar, dass es in diesem Bereich auch Potenzial für deutsche Unternehmen gibt.

Das dicht gedrängte Programm beinhaltete auch Arbeitstreffen mit Expert:innen und Analyst:innen, die ihr Wissen und ihre Erfahrung im Bereich der zukünftigen EU-Integration der Ukraine mit uns teilen. Eine Erweiterung der EU ist gut für Europa, und sie ist auch für uns in Deutschland sehr wichtig. Wir alle

haben aber noch große Hausaufga-

ben vor uns. Den Willen und den Enthusiasmus, diese zu bewältigen, haben wir auch während unserer Gespräche erlebt. Das freut mich sehr als SPD-Berichterstatter, der für die Ukraine, aber auch für die gemeinsame europäische Sicherheits- und Außenpolitik und den Bereich der Rechtsstaatlichkeit zuständig ist.

Die Reise wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisiert, bei der ich mich dafür sehr herzlich bedanken möchte. Die insgesamt fünf Tage ermöglichten uns tiefgehende Einblicke und bereichernde Erfahrungen. Nur in einem Fall waren wir froh, eine Erfahrung eben nicht gemacht zu haben: Wir hatten das Glück, nachts nicht von Luftalarm geweckt worden zu sein. Für die Menschen in der Ukraine ist dies jedoch weiterhin ihre Realität, in den östlichen Kriegsgebieten auf einer täglichen Basis. Eine Mahnung auch für uns: fest an der Seite der Ukraine zu stehen, gemeinsam mit unseren Verbündeten in Europa und darüber hinaus.



PLANSPIEL DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Drei Tage lang haben Jugendliche aus ganz Deutschland an dem Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teilgenommen und hautnah erlebt, wie Politik funktioniert – und wie viel Spaß Politik machen kann. **Mit dabei war Paula Adaobi Tammen aus Hameln.**

Am Sonntag reisten rund die 90 Nachwuchspolitikerinnen und -politiker nach Berlin, um Politik mitzugestalten. Sie bildeten ihre eigene Fraktion, wählten ihren Fraktionsvorstand und erarbeiteten unter engagierten Debatten ihre Anträge in einer der fünf Arbeitsgruppen. Die Planspielerinnen und Planspieler haben an den drei Tagen genauso gearbeitet, wie wir „echten“ Abgeordneten es auch tun. Ich habe Paula Adaobi Tammen für das Planspiel der Bundestagsfraktion ausgewählt und nach Berlin eingeladen. Ich freue mich besonders darüber, dass wir so viele junge, engagierte Menschen in Berlin erleben durften und uns von ihnen inspirieren lassen konnten.

Denn die Arbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde auch uns Bundestagsabgeordneten präsentiert. Gemeinsam mit den Jugendlichen diskutierten sie über ihre politischen Ideen zur Lebensmittelkennzeichnung, zur Förderung der Mobilität im ländlichen Raum, zur Bekämpfung von Hasskriminalität sowie zur ausgewogenen Nutzung Sozialer Medien mit Blick auf die Jugendgesundheit. Außerdem wurde darüber beraten, ob die Auswirkungen der Klimakrise zukünftig als Kriterium bei der Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten berücksichtigt werden kann.

Abschließendes Highlight war ein Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, der die Jugendlichen ermutigte, sich auch zukünftig einzumischen und sich für unsere Gesellschaft und Demokratie einzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete zum sechsten Mal ein

solches Planspiel in realitätsnahem Format – als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag.



VORSTELLUNG PRAKTIKANTIN ZOE



Heute möchte ich euch Zoé vorstellen. Seit dieser Woche absolviert die junge Frau aus Hameln ein Praktikum in meinen Büros im Wahlkreis und in Berlin.

Hallo, mein Name ist Zoé und ich bin momentan Praktikantin bei Johannes Schrap. Ich bin 18 Jahre alt und absolviere mein Abitur zurzeit am Schiller Gymnasium in Hameln. Mein Interesse an der Politik und Johannes' Engagement im Wahlkreis motivierten mich dazu, ein Praktikum bei ihm anzufragen und schließlich wurde mir diese Gelegenheit auch gewährt. Diese Woche verbringe ich bei Johannes im Büro in Berlin und begleite ihn bei verschiedenen Sitzungen und Terminen. Nächste Woche

werde ich im Wahlkreis sein und ihn auch dort bei seinen Aufgaben als Abgeordneter begleiten.

In der kurzen Zeit, die ich hier bin, konnte ich bereits viele beeindruckende Einblicke sammeln. Personen und Gebäude, welche man sonst nur aus den Medien kennt, nun in Realität zu sehen, hat mich staunen lassen. Der Alltag der Politiker ist anders als ich mir diesen vorgestellt habe. Ich bekam viele unmittelbare Eindrücke von der internen Arbeit der SPD-Fraktion, indem ich bei Diskussionsrunden und AGs zugucken durfte.

Diese neuen Eindrücke werden definitiv meinen Horizont erweitern. Ich freue mich auf meine restliche Zeit des Praktikums und bin dankbar für die Möglichkeit Teil dessen zu sein.

SPD BEZIRKSPARTEITAG IN HAMELN



gierten stark vertreten. Zu Beginn des Parteitages wurden die verdienten Mitglieder des Bezirksvorstandes verabschiedet. Ein sehr emotionaler Moment war die Verabschiedung

tionsaltlasten in der Ostsee vorstellen, dieser wurde einstimmig angenommen und wird nun im Dezember auf dem Bundesparteitag beraten.



Alle zwei Jahre findet der Parteitag des SPD Bezirks Hannover statt. Dieses Jahr waren die Delegierten nach Hameln in die Rattenfängerhalle gekommen. Wie immer, fast ein Familientreffen. Auch die Unterbezirke Hameln-Pyrmont und Holzminden waren mit ihren Dele-

von Uli Watermann, der nach 30 Jahren im Vorstand, sein Amt als stellvertretender Bezirksvorsitzender aufgab. In seiner Laudatio würdigte Matthias Miersch das herausragende Engagement von Uli. Bei der Antragberatung konnte ich den von mir initiierten Antrag zu Muni-

UNTERSCHRIFTENÜBERGABE FÜR DEN ERHALT DES AGAPLESION-KRANKENHAUSES HOLZMINDEN



Die Unterschriften, die mir die Holzmindener Bürgerinitiative zum Erhalt des Krankenhauses überreicht hatte, wurden nun übergeben. In Person der Parl. Staatssekretärin Sabine Dittmar hatte sich das Bundesgesundheitsministerium selbstverständlich sofort bereit erklärt, die dicken Unterschriften-Mappen in Berlin am Rande der Plenarsitzung entgegenzunehmen. Fast 20.000 Unterschriften hatte die Bürgerinitiative zum Erhalt des Krankenhauses in den vergangenen Wochen gesammelt. Ein starkes Signal aus der Region für „ihr“ Krankenhaus, das wir nun als Abgeordnete gemeinsam nach Berlin getragen haben.

GESPRÄCH MIT BJARNE RAULS AUS HOLENBERG— JUGENDMEDIENTRAMPOL IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

In Berlin habe ich mich mit Bjarne Rauls aus Holtenberg getroffen. Bjarne war Teilnehmer des Jugendmediatrampols des Deutschen Bundestags. Vom 16. bis 20. Oktober fand nämlich der achtzehnte Jugendmediatrampol des Deutschen Bundestags in Berlin statt. Der Workshop richtete sich an politik- und medieninteressierte junge Menschen im Alter von 16 bis 20 Jahren. Während dieser intensiven Woche hatten 25 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet die Gelegenheit, den politischen Alltag und den Medienbetrieb in der Bundeshauptstadt kennenzulernen. Das übergeordnete Thema des Workshops war "Politische Partizipation von jungen Menschen". Ich habe mich sehr gefreut, dass Bjarne daran teilge-

nommen hat. Bereits in den vergangenen Jahren hatten junge Journalistinnen und Journalisten aus unserer Region die Möglichkeit, Einblicke in die journalistische Arbeit in der Bundeshauptstadt zu gewinnen. Als stellvertretendes Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung freue ich mich besonders, dass auch dieses Jahr ein junger Mensch aus dem Weserbergland dabei sein konnte. Diese Veranstaltung trägt dazu bei, junge Menschen für Politik und Medien zu begeistern und ihnen wertvolle Einblicke in diese spannenden Bereiche zu gewähren.



TREFFEN MIT MINISTERPRÄSIDENTEN DER REPUBLIK MOLDAU DORIN RECEAN



Es war mir eine Freude Dorin Recean, den Ministerpräsidenten der Republik Moldau in Berlin zu begrüßen. Als Vorsitzender des Deutsch-Moldauischen Forums hatte ich Gelegenheit, mit ihm und seiner Delegation in einer kleine-

ren Runde zu sprechen. Auch der Austausch zusammen mit anderen Mitgliedern des Europaausschusses und des Auswärtigen Ausschusses war äußerst spannend und von großer Bedeutung für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Denn wir befinden uns jetzt in einer Zeit, in der wichtige Entscheidungen getroffen werden, die die Zukunft der Moldau beeinflussen. Das Land hat den Wunsch geäußert, der Europäischen Union beizutreten, und es freut mich, die spürbare Fortschritte in diese Richtung zu sehen. Wir diskutierten auch Möglichkeiten, wie Deutschland und die EU Moldau in wirtschaftlicher Hinsicht unterstützen können, um die Lebens-

qualität der Menschen in diesem wunderschönen Land zu verbessern. Der Premierminister teilte mit uns die Erfahrungen mit russischer Desinformationskampagnen und Einflussnahme, mit denen das Regime in Moskau versucht, die Verhältnisse in Moldau wieder zu seinen Gunsten zu wenden. Schließlich haben wir auch über Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in der Republik Moldau gesprochen. Die Förderung von wirtschaftlichen Beziehungen und Investitionen zwischen unseren Ländern ist auch ein wichtiger Schritt zur Stärkung der bilateralen Verhältnisse. Ich möchte mich bei Herrn Ministerpräsident Recean für das aufschlussreiche Gespräch bedanken und freue mich darauf, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Republik Moldau weiter zu vertiefen. Gemeinsam können wir viel erreichen und dazu beitragen, eine bessere Zukunft zu schaffen.

ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT – EUROPAS NEUE ROLLE IN DER WELT

24. November 2023, 16:00 Uhr, Leineschloss, Hannover

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Landesbüro Niedersachsen

ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT – EUROPAS NEUE ROLLE IN DER WELT

Ich möchte Euch eine Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung am 24.11. um 16:00 Uhr im Leineschloß in Hannover ans Herz legen. Ein spannendes Thema

das ich, gemeinsam mit Prof. Dr. Britta Gehrke, FU Berlin und Bernd Lange MdEP diskutieren werde. Bei Interesse meldet Euch bitte bei der Friedrich

Ebert Stiftung an, die Kontaktdaten sind unten aufgeführt. Gern ist Euch auch mein Wahlkreisbüro bei der Anmeldung behilflich.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – EUROPAS NEUE ROLLE IN DER WELT

Europa steht vor neuen Herausforderungen und Veränderungen in der Weltordnung. Auf der internationalen Bühne erheben neue, mächtige Akteure ihre Stimme, um ihre eigenen Vorstellungen von einer internationalen Ordnung durchzusetzen. In dieser sich wandelnden Welt muss sich die EU behaupten und gleichzeitig sicherstellen, dass Frieden und Sicherheit in Europa gewahrt bleiben.

Gleichzeitig muss die EU die Diskussion über Selbstschutz, Resilienz und Unabhängigkeit in der Handels- und Industriepolitik so führen, dass Europa für andere Staaten ein attraktives Modell bleibt, ohne sich abzuschotten.

Gemeinsam mit MdEP Bernd Lange, MdB Johannes Schräps und Prof. Dr. Britta Gehrke, Freie Universität Berlin, wollen wir der Frage nachgehen, wie Europas Rolle in der Welt aussehen kann. Wir wollen uns auch damit auseinandersetzen, welche Ziele und Instrumente die EU als Akteur verfolgen soll und laden Sie ein, mit unseren Gästen darüber zu diskutieren.

24.11.2023

16:00 Uhr Begrüßung
Stephan Meuser, Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter Landesbüro Niedersachsen

16:10 Uhr Moderierte Diskussion mit:
- Prof. Dr. Britta Gehrke, Freie Universität Berlin
- Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Johannes Schräps, Mitglied des Bundestags

Moderation: Cosima Schmitt

16:50 Uhr Öffnung für das Publikum

17:30 Uhr Ende der Veranstaltung

Anmeldung / Organisation:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover

Tel.: 0511 357708-30,
niedersachsen@fes.de,
www.fes.de/niedersachsen
Facebook: FES-Niedersachsen

Verantwortlich:
Stephan Meuser

Organisation:
Alexander Petrachkou

Anmeldung unter:
<https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/271016>

Anmeldeschluss:
22.11.2023



**Am Freitag den 24. November 2023 ab 16 Uhr im Leineschloss,
Hannah-Arendt-Platz 1 in Hannover**

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Inflationsausgleich für Betreuer:innen

Betreuer:innen unterstützen Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht oder nur begrenzt selber regeln können. Sie arbeiten selbständig, ehrenamtlich und in Betreuungsvereinen und leisten tagtäglich wichtige Arbeit. Dafür müssen sie angemessen vergütet werden. Die Inflation stellt sie und insbesondere Betreuungsvereine, die tariflich bezahlen, vor Probleme. Diverse Betreuungsvereine können nicht mehr kostendeckend arbeiten. Einige haben ihre Tätigkeit bereits eingestellt. Können die Betreuungen in einer Region nicht mehr sichergestellt werden, müssten die Kommunen einspringen. Um eine nachhaltige Beschädigung des Betreuungswesens in Deutschland zu verhindern, bringen wir einen Inflationsausgleich auf den Weg.

Vorgesehen ist eine Sonderzahlung, um die Mehrbelastung aufgrund der Inflation abzufedern. Diese sollen Betreuungsvereine, selbständige berufliche Betreuer:innen und auch ehrenamtliche Betreuer:innen erhalten. Für berufliche Betreuer:innen soll die Inflationsausgleichs-Sonderzahlung von Anfang 2024 bis Ende 2025 monatlich in Höhe von 7,50 Euro pro Betreuung und Monat ausgezahlt werden. Für ehrenamtliche Betreuer:innen soll die Sonderzahlung 24 Euro pro Jahr und pro geführter Betreuung betragen. Der Gesetzentwurf sieht daneben eine Änderung des Betreuungsorganisationsgesetzes vor, um künftig die Prüfung der Eignung und Zuverlässigkeit ehrenamtlicher Betreuer:innen zu erleichtern.

Das Vergütungssystem wurde 2019 bereits angepasst, eine Evaluierung des Systems ist vorgesehen. Das Bundesministerium der Justiz will Ende 2024 die Ergebnisse vorlegen. Auf deren Grundlage soll dann über eine weitere Anpassung der Vergütung

entschieden werden. Die Sachlage hat sich nun aber durch die starke Inflation seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine entscheidend verändert und dieses schnellere Agieren und Abfedern erforderlich gemacht.

Weg frei für mehr Photovoltaik

Im Mai 2023 hat die Bundesregierung eine in einem breiten Stakeholder-Prozess erarbeitete Photovoltaik-Strategie beschlossen und Potenziale von Photovoltaik (PV) in Deutschland identifiziert. Viele der in der Strategie aufgelisteten Maßnahmen zur Ausschöpfung dieser Potenziale werden nun mit dem Solarpaket I umgesetzt. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern und an Gebäuden zu erleichtern. Bisher sind PV-Anlagen mit einer Leistung von über 100 Kilowatt (kW) zur Direktvermarktung – das heißt zum Verkauf des eingespeisten Stroms an der Strombörse – verpflichtet. Bei Anlagen mit hohen Eigenverbrauchsanteilen sind die eingespeisten Strommengen allerdings so gering, dass die Kosten der Direktvermarktung die Erlöse oft übersteigen. Daher werden oft Anlagen trotz vorhandener Dachfläche kleiner gebaut. Der Entwurf sieht nun vor, für ein begrenztes Anlagensegment die neue Vermarktungsform der „unentgeltlichen Abnahme“ einzuführen. Hierbei können bestimmte Anlagenbetreiber, die bisher der Direktvermarktungspflicht unterliegen, ihre Überschussmengen ohne Vergütung – aber auch ohne Direktvermarktungskosten – an den Netzbetreiber weitergeben. Ferner wird mit dem Entwurf die Nutzung von Balkon-PV-Anlagen erleichtert, indem die vorherige Anmeldung beim Netzbetreiber entfällt und die Anmeldung im Marktstammdatenregister auf wenige, einfach einzugebende Daten beschränkt wird.

Darüber hinaus zielen die Maßnahmen des Solarpakets I auf den Ausbau von Freiflächenanlagen ab. Künftig sollen vor allem Flächen in bisher benachteiligten Gebieten grundsätzlich für die EEG-Förderung freigegeben werden. Parallel sehen die Maßnahmen vor, insbesondere PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen (Agri-PV) als nachhaltige Anlagen zu stärken und „Parkplatz-PV“ weiter zu fördern.

Verfassungstreue von Richter:innen sicherstellen

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Niemand darf Richter:in werden, wenn Zweifel daran bestehen, dass die betreffende Person jederzeit für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt. Dieser Pflicht zur besonderen Verfassungstreue unterliegen selbstverständlich nicht nur hauptamtliche, sondern auch ehrenamtliche Richter:innen, also Schöff:innen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen im Richtergesetz soll nun explizit das Erfordernis der Verfassungstreue von ehrenamtlichen Richter:innen gesetzlich verankert werden. Damit soll diese Pflicht besser sichtbar und deren besondere Bedeutung ausdrücklich hervorgehoben werden.

Es soll deshalb erstmals ein zwingender Berufungsausschlussgrund bei Zweifeln am Bestehen der Verfassungstreue geschaffen werden (eine „Muss-Regelung“). Treten diese während der Tätigkeit auf, muss die Person zwingend abberufen werden.

Auch wird klargestellt, dass bei hauptamtlichen Richter:innen ein Disziplinarverfahren wegen eines schuldhaften Fehlverhaltens parallel zu einer Versetzung in ein anderes Richteramt oder in den Ruhestand durchgeführt werden kann. Bislang fehlt eine gesetzliche Bestimmung dazu.

BESUCHER:INNENGRUPPEN AUS DEM WESERBERGLAND IN BERLIN



KGS Bad Münster - 21. Juni 2023



KGS Salzhemmendorf - 21. Juni 2023

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla